

Frankfurter Rundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG DIENSTAG, 15. AUGUST 2023 • 79. JAHRGANG • NR. 188 • D • D 2972 • 3,30 €

„Clan-Kriminalität“ ist nur eine Schimäre

Der Kriminologe Thomas Feltes lehnt den Begriff
als unwissenschaftlich, stigmatisierend und populistisch ab.
Die FR wirft einen kritischen Blick
auf rassistische Stereotype und deren Folgen für die Betroffenen

Interview und Analyse Seiten 2/3



IMAGO IMAGES

FUSSBALL

Kassensturz bei der Frauen-WM

Bei der Fußball-WM der Frauen zahlt der Weltverband erstmals Prämien an alle Spielerinnen aus. Doch das große Geld bleibt weiterhin ein paar wenigen Top-Spielerinnen vorbehalten. **Seite S1/S2**

KREBS

Arbeitslosigkeit als Risikofaktor

In Deutschland geht die Sterblichkeit durch Krebs insgesamt zurück. Doch in sozial schwachen Gebieten ist das Risiko ungleich größer als in wohlhabenden, wie Forschungsergebnisse aus Heidelberg zeigen. **Seite 15**

FRANKFURT

Asta der Goethe-Uni fordert günstiges Ticket

Ein bezahlbares studentisches Deutschlandticket lässt auf sich warten. Der Asta der Goethe-Uni fordert in einem Brandbrief die Politik zum Handeln auf. Notfalls müsse Hessen das Geld vorstrecken. **Seite D1**

Heute ist in einigen Bundesländern Feiertag. Dort können wir die gedruckte FR nicht zustellen. Deshalb schalten wir unser E-Paper zum kostenlosen Abruf frei unter epaper.fr.de – und in unseren Apps.

WEBBROWSER

Generalangriff auf das freie Internet

Google will eine Schnittstelle in Chrome einbauen, die die Wahlfreiheit der Nutzenden erheblich einschränken könnte. Der Versuch ist nur ein Symptom des grassierenden Kapitalismus im Netz. **Seite 16/17**



BRÄNDLE

MAROKKO

Am Geburtsort des Kleinen Prinzen

In Tarfaya, tief im Süden von Marokko, soll der Pilot Antoine de Saint-Exupéry einen Fuchs gezähmt und seine weltberühmte Geschichte skizziert haben. Unser Autor Stefan Brändle war dort. **Seite 22**



20033

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 60266 Frankfurt am Main, Telefon 069/21 99-1
Anzeigen-Service: Fax 069/7501-33 37, Telefon 069/7501-33 36, E-Mail: service@rmm.de
Abo-Service: Fax 069/21 99-32 64, Telefon 069/21 99-30 00, E-Mail: kundenservice@fr.de
DPAG Entgelt bezahlt.

INHALT

Politik	4	Meinung	8	Feuilleton	16	Rhein-Main	D1
FR/Klima	7	Wirtschaft	10	Panorama/Wetter	22	TV-Programm	21
		Finanzen	14	Sport	S1	Familienanzeigen	20
		Wissen	15	Rätsel	S8	Impressum	6

»FR.DE

Nachrichten aus Rhein-Main
Deutschland und der Welt

4 199074 203304

Innere Sicherheit

Hat die Diskussion über das Organisierte Verbrechen und Großfamilien Folgen für die Integration in Deutschland?

Herr Feltes, Innenministerin Nancy Faeser will Mitglieder vermeintlicher Clans abschieben, auch wenn sie gar nicht straffällig geworden sind. Was halten Sie davon?

Das war wohl eher ein PR-Gag ihrer Mitarbeitenden im Vorfeld der Wahl in Hessen. Ich halte das für einen ziemlichen Skandal, dass hier auf dem Rücken einer bestimmten Bevölkerungsgruppe versucht wird, Parteipolitik zu betreiben.

Würde das denn überhaupt funktionieren?

Faeser muss vollkommen klar sein, dass für Abschiebungen Rechtsgründe vorliegen müssen. Das ist in der Regel erst der Fall, wenn tatsächlich von der abzuschließenden Person Straftaten begangen worden sind. Außerdem muss es ein Land geben, in das abgeschoben werden kann. Viele Betroffene im Bereich der sogenannten „Clan-Kriminalität“ haben keinen gültigen Pass, ihre Staatsangehörigkeit ist unklar oder sie sind staatenlos. Sie kann man nicht abschieben. Deshalb ist „Clan-Kriminalität“ nur eine Schimäre, die allein dazu dient, populistische Interessen zu befriedigen.

Ist „Clan-Kriminalität“ eine wissenschaftliche Kategorie?

Eindeutig nein. Das Bundeskriminalamt hat für die Statistik eine Definition, die ich für höchst problematisch halte. Unter der Rubrik „Clan-Kriminalität“ wird erfasst, wenn Menschen mit einem bestimmten Nachnamen Straftaten begangen haben. Dabei wird nicht zwischen Schwarzfahren oder Ladendiebstahl und Mord unterschieden. Zudem gibt es in der türkischen oder arabischen Kultur Nachnamen, ähnlich wie bei uns Müller, Meier oder Schulze. Die polizeiliche Kriminalstatistik hat zu diesem Komplex keine Aussagekraft. Stattdessen trägt sie dazu bei, eine Bevölkerungsgruppe zu stigmatisieren.

Das heißt, bei Menschen, die der „Clan-Kriminalität“ zugerechnet werden, muss kein Verwandtschaftsverhältnis bestehen?

Nach der polizeilichen Statistik nicht. Natürlich gibt es Kulturen, in denen der Familienzusammenhalt eine größere Rolle spielt. Aber das zur Grundlage für eine gezielte Strafverfolgung zu machen, halte ich für moralisch verwerflich und verfassungsrechtlich unzulässig.

Gibt es denn überhaupt ein reales gesellschaftliches Problem mit Kriminalität, die aus Familienstrukturen heraus entsteht?

Kriminalität ist keine Frage des Passes oder der ethnischen Zugehörigkeit, sondern eine Frage der sozialen Lage. Das ist eine kriminologische Grunderkenntnis. Staatenlose Menschen, die entweder gar keine Staatsangehörigkeit haben oder deren Pass von den Behörden nicht anerkannt wird, sind in einer prekären sozialen Lage. Sie können einen Schulabschluss machen, aber spätestens bei Lehre



Eine Razzia der Polizei in einer Wuppertaler Shisha-Bar.

IMAGO IMAGES

„Kriminalität ist keine Frage des Passes oder der ethnischen Zugehörigkeit“

Polizeiwissenschaftler Thomas Feltes über den Begriff „Clan-Kriminalität“, die fehlende Aussagekraft von Statistiken und latenten Rassismus / Ein Interview von Jana Ballweber

oder Studium ist dann Schluss. Die Tatsache, dass ich staatenlos bin, verbietet mir, mich zu integrieren, ich falle auf die Großfamilie zurück. Natürlich gibt es auch in Großfamilien Personen, die straffällig werden – meist aber, weil deren Integration verhindert wurde.

Es gibt also statistische Auffälligkeiten zu Kriminalität in diesen Personengruppen, aber die Ursachen sind anders als suggeriert?

Selbst diese statistischen Auffälligkeiten sind umstritten. Und wir haben bei allen, die sich in einer prekären sozialen Lage befinden, eine höhere Kriminalitätsrate, weil sie zum Beispiel von der Polizei eher kontrolliert werden, sich mehr in der Öffentlichkeit aufhalten und teilweise auf illegale Einkünfte angewiesen sind, weil sie keinen Zugang zu legalen Finanzierungsmöglichkeiten haben. Auch die Altersstruktur spielt eine Rolle. In welchem Maße diese Gruppierungen stärker kriminell

werden als andere Personen, ist schwer zu sagen, weil die polizeiliche Kriminalstatistik hier sehr fehlerhaft ist. Darauf weist das BKA auch selbst hin. Die Zahlen sind in meinen Augen nicht verwertbar.

Ist eine Politik der harten Hand gegen vermeintliche „Clan-Kriminalität“ der richtige Ansatz, wenn die Ursachen in der prekären sozialen Lage liegen?

Die Polizei weiß sehr genau, dass die soziale Lage die Ursache für Kriminalität ist und sozialpolitische Maßnahmen wirksamer als repressive Strafverfolgung sind. Städte und Gemeinden, die sich hier engagiert haben, haben deutliche Verbesserungen bemerkt. Es braucht Hilfsangebote vom schulischen Bereich über aufsuchende Sozialarbeit bis hin zu erschwinglichen Wohnungen. Damit kann ich aber keine Politik machen. Die populistische Forderung nach härteren Strafen oder nach mehr Polizei gibt der Bevölkerung das Gefühl, dass schnelle Lösungen

erzielt werden, obwohl das definitiv nicht der Fall ist.

Was müsste man stattdessen tun? Man müsste Kindern und Jugendlichen die Hand reichen und ihnen die Möglichkeit geben, sich zu integrieren, ihnen deutlich machen, dass es sich lohnt, in dieser Gesellschaft zu leben. Innenministerin Faeser macht stattdessen

ZUR PERSON



Thomas Feltes (72) war bis 2019 Professor für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Er forscht zur Polizei, zur Strafjustiz sowie zur allgemeinen Kriminologie und ist auch als Rechtsanwalt aktiv. JABÄ BILD: MARQUARD/RUB

deutlich, dass man diese Gruppen auch im Wortsinn „ausgrenzen“ will. Die polizeilichen Maßnahmen führen dazu, dass sich diese Gruppen weiter abschotten und dass Kinder und Jugendliche gar keine andere Möglichkeit haben, als sich innerhalb der Familie zu bewegen, wodurch sie automatisch kriminalisiert werden. Wir verbauen uns selbst den Weg für eine notwendige Integration. Diese Menschen bleiben auf Dauer hier. Wir können sie nicht alle abschieben, schon deshalb nicht, weil nur ein Bruchteil der Mitglieder von „Clanfamilien“ tatsächlich straffällig wird. Wir müssen den anderen die Möglichkeit geben, sich zu integrieren, weil wir mit ihnen gemeinsam dieses Gemeinwesen, diese Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten gestalten müssen. Wir haben keine Wahl. Wer das nicht begreift, legt die Axt an unsere Demokratie.

Wie wirkt sich denn die Stigmatisierung konkret auf Mitglieder

Gefährliche Diskurse

Mit emotionaler Rhetorik fern von Fakten wird Stimmung gegen junge migrantische Männer gemacht / Eine Analyse von Yağmur Ekim Çay

Deutsche Politikerinnen und Politiker erinnern sich vor Wahlen gerne an Migrant:innen. So auch die Innenministerin und Spitzenkandidatin der SPD für die kommende Landtagswahl in Hessen, Nancy Faeser. Ihr Ministerium will härter gegen „Clan-Kriminalität“ vorgehen, mit vereinfachten Abschiebungen oder einer Beweislastumkehr. Damit spielt Faeser bewusst mit sehr gefährlichen Diskursen, doch das ist in Deutschland nicht neu. Der Begriff „Clan-Kriminalität“ ist nur ein Symptom für eine rassistische Gesellschaft – denn in Wirklichkeit gibt es in Deutschland kein tiefgreifendes Problem mit „Clan-Kriminalität“, aber ein Rassismus-Problem.

Die Debatte um Silvester in Köln 2015 und in Berlin 2022 sowie der Streit in diesem Sommer über Berliner Freibäder als „soziale Brennpunkte“ zeigen, dass Politik und Medien bereit sind, die Diskussion über ein vermeintliches „Integrations- und Minderheitenproblem“ mit jungen migrantischen, insbesondere arabischen und türkischen, Männern hochzukochen.

Faeser gib sich „knallhart“

Meistens werden die Debatten fern von Fakten geführt, um gefühlte Wahrheiten zu transportieren: Deutschland hat ein „Migrantenproblem“ – junge migrantische Männer sind frauenfeindlich, gefährlich und kri-

klar. Dennoch bedient sie sich gerne einer emotionalen Rhetorik. Im Wahlkampf spricht sie davon, dass wir „kriminellen Clans knallhart ihre Grenzen aufzeigen müssen. Der Staat muss hier Stärke zeigen und darf keinen Millimeter zurückweichen.“ Sie fordert, dass der „Rechtsstaat Zähne zeigt“. Doch warum wird immer wieder mit diesen Argumenten Wahlkampf gemacht, obwohl die Faktenlage anders ist?

So wird auch die Debatte um „Clan-Kriminalität“ geführt. Statt von Banden ist die Rede von der Kriminalität bestimmter ethnischer Gruppen, vor allem aus dem arabisch-türkischen Raum. Anhand dieses Begriffs entsteht in Behörden die Vorstellung, dass sich in migrantisierten Orten wie Shisha-Bars vor allem „kriminelle Menschen“ aufhalten, dass man sie durch Razzien „unter Kontrolle“ halten muss, was sonst gesellschaftlich nicht möglich ist. So werden Menschen mit bestimmten Nachnamen und Aussehen als Kriminelle behandelt. Die Unschuldsvormutung steht infrage und „Racial Profiling“ erscheint plötzlich gerechtfertigt. Solche Razzien werden regelmäßig stolz in den Medien präsentiert, um das rassistische Vorurteil zu bestätigen: Ausländer sind kriminell.

Doch die Faktenlage sieht auch bei der „Clan-Kriminalität“ anders aus: Straftaten, die von Clan-Mitgliedern begangen wurden, machten 2022 in Berlin etwa 0,2 Prozent der statistisch erfassten Kriminalität aus, in Niedersachsen 0,6. 872 Straftaten in der Hauptstadt wurden in dem Jahr den Clans zugeschrieben – von 519 827. Und zu den Statistiken des nun vorgelegten „Lagebild Clankriminalität“ zählen auch Delikte wie Schwarzfahren und unverzollter Tabak.

Diese Faktenlage ist der Innenministerin Nancy Faeser

FR-REIHE Kippunkte der Demokratie

Nur wenig ist so wirkmächtig wie das stete Tropfen, das den Stein höhlt. Zu den tragenden Grundannahmen des Westens und auch der Bundesrepublik gehörte lange Zeit die Auffassung, dass die Demokratie als Staatsform die stabilste und attraktivste aller Möglichkeiten sei.

Doch die pluralen und demokratischen Gesellschaften stehen weltweit unter Druck – auch in Europa, auch in Deutschland. Sie stehen zunehmend unter Druck, weil Rechte mit perfiden Strategien ihre Fundamente angreifen. Sie stehen unter Druck, weil Medien, die Justiz und engagierte Menschen angegriffen werden, Minderheiten um ihre Sicherheit fürchten müssen – und Regierungen falsch oder sogar in Absicht falsch reagieren. Am Anfang steht, das Unsagbare sagbar zu machen, am Ende folgt womöglich die Tat.

Die Frankfurter Rundschau stellt in loser Folge solche Kippunkte der Demokratie vor: Sie gefährden die Demokratien in ihren Grundfesten, sie gefährden den Zusammenhalt in den Gesellschaften. FR



Razzien wie hier in Duisburg werden medial präsentiert, doch statistisch spielt „Clan-Kriminalität“ keine große Rolle.

IMAGO IMAGES



Ein Ort zum Entspannen – doch Shisha-Bars sind immer wieder Ziel von Hetze gegen migrantische Menschen.

ROLF OESER